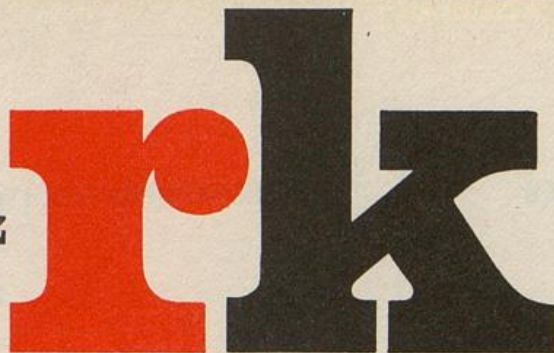


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 7. Februar 1985

Blatt 300

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Schwerpunkt Qualität im Wohnbau
rosa) Strukturverbesserung: Seit 1982 Investitionen von
 1,5 Milliarden
 Neue Telefonnummer für zwei Krankenhäuser
 Rautenweg wird selbstverständlich saniert
 Suche nach Altdeponien erfolgreich
 Zilk: Verstehe den Kampf der Krankenkasse gegen
 humane Medizintechnik nicht

Nur
über FS: 6.2. Schaum auf der Liesing

Schwerpunkt Qualität im Wohnbau

=++++

1 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Die Qualität im Wohnbau stand im Mittelpunkt der Diskussion bei der Präsentation des Buches "Stadt und Lebensqualität" am Mittwoch abend. Irenäus EIBL-LIBESFELDT, Hans HASS, Kurt FREISITZER, Ernst GEHMACHER und Harry GLÜCK beschäftigen sich in dem im Bundesverlag erschienenen Band mit neuen Konzepten im Wohnbau. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wies auf die Notwendigkeit hin, die Erkenntnisse der Wissenschaft in die praktische Politik umzusetzen. Das gelte auch für den Wohnbau, der sich nach der Phase der quantitativen Abdeckung an einem Wendepunkt befinde. #

Man müsse nun noch mehr - auch in Fragen der Stadterneuerung - die Erkenntnisse über die Wünsche der Menschen in das Bauen einfließen lassen und so zu einem "reflektierten Bauen" kommen.

#Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN wies darauf hin, daß die Stadt Wien im Rahmen des Projekts "Vollwertiges Wohnen" bereits eine Reihe namhafter Architekten beauftragt hat, Bauten zu schaffen, die den neuesten Erkenntnissen über die Wohnbedürfnisse der Menschen entsprechen. Man sei also bereits dabei, die theoretischen Erkenntnisse der Wissenschaft in die Praxis umzusetzen. #

(Schluß) gab/bs

NNNN

Strukturverbesserung: Seit 1982 Investitionen von 1,5 Milliarden
Utl.: Barzuschüsse von 106 Millionen

=++++

2 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Seit der Schaffung des Wiener Wirtschaftsförderungs fonds im Jahre 1982 wurden in der vom Fonds betreuten Wiener Strukturverbesserungsaktion bereits 100 Förderungsfälle positiv erledigt. Für diese 100 Förderungen wurden vom Fonds Barzuschüsse von insgesamt 106 Millionen ausgeschüttet. Die geförderten Betriebe investierten in strukturverbessernde Maßnahmen (Umsiedlungen, Erweiterungen, Neuansiedlungen) 1,5 Milliarden Schilling.#

Die Strukturverbesserungsaktion ist eine von rund 40 Wirtschaftsförderungsaktionen, die der Wiener Wirtschaft angeboten werden. Für strukturverbessernde Maßnahmen werden bei dieser Aktion einmalige, nicht rückzahlbare Barzuschüsse zwischen fünf und zehn Prozent der Investitionskosten gegeben. Die Förderung geht vorwiegend an Klein- und Mittelbetriebe. Der 100. Förderungsfall war die Firma "CANADA", ein Betrieb mit 32 Beschäftigten, der Tiefbohrgeräte und Maschinen erzeugt. Die in Inzersdorf angesiedelte Firma erweitert ihre Lagerkapazität.

Eine Analyse der bisherigen Förderungen ergab einen eindeutigen Schwerpunkt in Richtung Betriebsumsiedlung oder -erweiterung. Von den 100 Förderungsfällen entfielen

- o 57 Investitionsvorhaben auf eine Umsiedlung innerhalb Wiens,
- o 32 Investitionsvorhaben auf eine Erweiterung auf einem bestehenden Betriebsstandort in Wien,
- o 11 Investitionsvorhaben auf eine Neuansiedlung in Wien.

(Schluß) sei/ko

NNNN

Neue Telefonnummer für zwei Krankenhäuser

=++++

3 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Ab Samstag, dem 9. Februar, erhalten das Psychiatrische Krankenhaus auf der Baumgartner Höhe und das Pulmologische Zentrum eine neue Telefonnummer: Sie werden dann unter 94 90 60 erreichbar sein. Unter der bisherigen Nummer 94 31 51 meldet sich etwa ein Jahr lang ein Tonband, das auf die Umschaltung hinweist.#

Die Rufnummernänderung ist wegen einer Vermehrung der Telefonanschlüsse notwendig. Im Zusammenhang mit der Umschaltung kann es kommenden Samstag vormittag zu kurzzeitigen Beeinträchtigungen der Telefonverbindungen zu und von diesen Krankenhäusern kommen. (Schluß) red/gg

NNNN

Rautenweg wird selbstverständlich saniert (1)

Utl.: Keine Grundwasserbeeinträchtigung

=++++

4 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) "Selbstverständlich ist schon jedes Gramm an Dioxinen oder Furanen, das auf der Deponie Rautenweg lagert, zuviel. Ebenso selbstverständlich aber wird die Deponie saniert. Wenn auch - wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigen - derzeit keine Grundwassergefährdung durch die Deponie gegeben ist, so soll doch durch die Sanierung jede eventuelle Gefährdung auch für die Zukunft verhindert werden. Ich spreche mich aber gegen jeden Versuch der Panikmache und gegen unrichtige Darstellungen aus." Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu Berichten in zwei Wiener Tageszeitungen, in denen Behauptungen von Vertretern politischer Parteien zur Deponie Rautenweg wiedergegeben wurden.#

Zu einzelnen Behauptungen muß festgestellt werden:

- o Die Deponie Rautenweg bringt, wie Untersuchungen derzeit zeigen, keine Grundwassergefährdung. Die Beeinflussung der Brunnen der Hoffmann-Siedlung ist - im Gegensatz zu den im Kurier aufgestellten Behauptungen - aber auch aus einem anderen, ganz einfachen physikalischen Grund nicht möglich: die Siedlung liegt grundwasserstromaufwärts der Deponie. Das ist auch in dem vom Kurier zitierten angeblichen Geheimgutachten - bei dem es sich in Wahrheit um einen absolut nicht geheimen Bericht der MA 15 über die Kontrolle des Grundwassers im Bereich Rautenweg handelt - klar festgestellt, wurde in dem Kurier-Bericht jedoch verschwiegen.
- o Zur Frage Grundwasseranstieg durch die Staustufe Hainburg: Wie der Umweltexperte des Bürgermeisters Dipl.-Ing. DDR. Strunz erst kürzlich in einem Interview mit der "Presse" feststellte, könne der Grundwasserspiegel unterhalb der Deponie Rautenweg schon durch die Staustufe Wien nicht so stark steigen, daß es zu einer Kontaminierung (Verunreinigung) kommt. Wie die Gewässerabteilung feststellt, würde auch der Bau eines Kraftwerks unterhalb von Wien nicht dazu führen, daß die Deponie Rautenweg im Grundwasser stehe. Ein derartiges Kraftwerk hätte in keiner Weise Auswirkungen auf das Grundwasser im Bereich Rautenweg.

(Forts.) hs/gg

Rautenweg wird selbstverständlich saniert (2)

=++++

5 Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL)

- o Bereits mehrmals vorgestellt wurde das Projekt zur Sanierung der Deponie, das u. a. eine Abdichtung mit einer Polyäthylenschicht und einer Lehmschicht, die Sammlung und Rückverregnung der Sickerwässer, die Gewinnung des Methangases, einen Ringwall zum Schutz gegen das Vertragen von Materialien durch den Wind und die sofortige Abdeckung der jeweils gelieferten Flugasche sowie die Verfestigung von Asche und Schlacke vorsieht. Ebenso wird der noch nicht geschüttete Teil der Deponie als dichte Wanne gestaltet. Die Kosten dafür betragen weit über 200 Millionen.
- o Auch die Frage Dioxin wurde bereits zu Beginn der entsprechenden Diskussionen genau überprüft. Die auf den Untersuchungen der Technischen Universität basierenden Ergebnisse wurden damals auch vom zuständigen Stadtrat veröffentlicht und im heutigen Kurier zitiert. Die Grundwässer ober- und unterhalb der Deponie wurden von der TU Wien bzw. der Kritischen Chemie auf Dioxine untersucht - alle Grundwässer waren frei von diesen Verbindungen. "Ob ein Kilogramm oder die achtzigfache Menge Tetrachlordibenzodioxine - (rund zwei bis vier Prozent dieser Dioxin-Verbindungen entfallen auf das sogenannte Seveso-Gift) am Rautenweg liegt - jedes Gramm ist zuviel. Wenn auch eine Grundwassergefährdung durch das Seveso-Gift auszuschließen ist, so muß natürlich durch die Sanierung jede Gefahr für die Zukunft ausgeschlossen werden. Ein Umschichten der Deponie ist jedoch wegen der damit verbundenen Gefährdung durch verstärkte Methangasbildung, abgesehen vom Gestank, nicht empfehlenswert, wie Dipl.-Ing. DDr. Strunz auch in einer Sitzung des Müll-Arbeitskreises feststellte", sagte Braun dazu. Braun wies außerdem auf seine Aktion zur Erfassung der Altdeponien hin. (Schluß) hs/gg

NNNN

Suche nach Altdeponien erfolgreich

Utl.: Stadtrat Braun dankt für Mitarbeit der Bevölkerung

=++++

6 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Offene Ohren hat Umweltstadtrat Helmut BRAUN mit der Einladung an die Bevölkerung gefunden, alte, heute nicht mehr bekannte Deponien zu melden. "Diese Meldungen sind ein wichtiger Beitrag dazu, die Verschmutzung des Grundwassers zu verhindern beziehungsweise die Ursache einer Verschmutzung zu orten", erklärt Braun dazu in der neuesten Ausgabe von "Wien aktuell Wochenblatt". Der Stadtrat ersucht, auch weiterhin Altdeponien der Gruppe "Umwelttechnik" der Stadtbaudirektion, Rathaus, 1082 Wien, bekanntzugeben. #

In Wien gibt es zahlreiche alte Deponien von Müll, Bauschutt, Aushubmaterial usw., die nirgends registriert und inzwischen "unsichtbar" wurden, weil sie überwachsen oder überbaut sind. Diese Altdeponien können allerdings gefährlich werden, wenn sie Giftstoffe enthalten oder Gase entwickeln. Ein Beispiel dafür ist die Altdeponie der Firma Borax in der Donaustadt, die eine Grundwasserverseuchung verursacht hat. Um diesen gefährlichen Relikten auf die Spur zu kommen, hatte daher Umweltstadtrat Braun in der Zeitschrift "Wien aktuell Wochenblatt" im vergangenen Oktober an alle Wienerinnen und Wiener appelliert, ihnen bekannte Altdeponien zu melden.

In einer Zwischenbilanz, die von Obersenatsrat Dipl.-Ing. Kurt SCHWALLER, dem Leiter der Gruppe "Umwelttechnik", erstellt wurde, scheinen bereits 100 bisher unbekannte Altdeponien auf. Allerdings sind in etlichen Fällen noch genauere Nachforschungen notwendig, weil die genaue Lage der gemeldeten Deponien nicht bekannt ist.

(Schluß) and/bs

NNNN

Zilk: Verstehe den Kampf der Krankenkasse gegen humane
Medizintechnik nicht (1)

=++++

7 Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Als völlig unverständlich findet
Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Widerstand des Generaldirektors
der Wiener Gebietskrankenkasse Otmar PASCHER gegen die Installierung
einer humanen medizintechnischen Anlage im Lainzer Krankenhaus.
"Ärzte, Pfleger und Techniker bemühen sich immer wieder, neue und
humane Behandlungsmethoden zu finden. Der sogenannte
Nierensteinertrümmerer ermöglicht es, offene Operationen zu
vermeiden. Aber nicht nur der Patient erspart sich eine Operation,
die Behandlung mit diesem Gerät erfordert lediglich einen drei- bis
viertägigen Krankenhausaufenthalt. Auch die nach solchen Operationen
üblichen Kuraufenthalte können entfallen. Aus Beispielen in der
Bundesrepublik Deutschland wissen wir, daß mit dem
Nierenlithotripter auch Nierenversagen und darauffolgende Dialysen
vermieden werden können. Ich kann daher einfach nicht verstehen",
betonte Zilk gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", "warum Pascher
dagegen ist."

Zwtl.: Wiener Vertragsvorschlag

"Das derzeitige System der Krankenhausfinanzierung zwingt uns,
neue Wege zu gehen", betonte Vizebürgermeister Hans MAYR. "Der
Sozialversicherungsträger zahlt heute bei einer Nierenoperation im
allgemeinen einen 14tägigen Aufenthalt im Krankenhaus und einen
dreiwöchigen Erholungsurlaub. Bei einer Behandlung mit dem
Nierensteinertrümmerer, die nur einen drei- bis viertägigen
Spitalsaufenthalt erfordert, aber rund 45.000 Schilling kostet,
würde er nur für drei oder vier Tage zahlen. Investitionen und
Betriebskosten für das Gerät gingen also zum größten Teil zu Lasten
des Spitalerhalters, während sich die Krankenkasse beträchtliche
Ausgaben erspart."

Da im Rahmen des bestehenden Krankenhausfinanzierungssystems
eine Änderung nicht möglich ist, startet die Stadt Wien nun ein
Experiment: die Einrichtung einer privaten Krankenanstalt, die den
Nierensteinertrümmerer finanziert und betreibt. Sie wird in einem
Pavillon des Lainzer Krankenhauses untergebracht, was den Vorteil
hat, daß bei eventuell auftretenden Komplikationen alle
Möglichkeiten und Leistungen eines Schwerpunktkrankenhauses zur
Verfügung stehen. Die ärztliche Leitung des Nierensteinenzentrums hat
Universitätsprofessor Dr. Georg GASSER übernommen. (Forts.) fk/gg

Zilk: Verstehe den Kampf der Krankenkasse gegen humane
Medizintechnik nicht (2)

=++++

8 Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Mayr wies darauf hin, daß heute den Wiener Städtischen Krankenanstalten pro Patient und Tag durchschnittliche Kosten von rund 1.900 Schilling entstehen. Davon zahlt die Krankenkasse rund 800 Schilling, der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds rund 100 Schilling und der Spitalserhalter, also die Stadt Wien, rund 1.000 Schilling. Mayr schlägt daher der Wiener Gebietskrankenkasse vor, bei einer Behandlung mit dem Nierensteinzertrümmerer, auch wenn sie nur drei oder vier Tage dauert, den gleichen Betrag zu zahlen wie für die herkömmliche Operation, nämlich 14 Tage Spitalsaufenthalt und drei Wochen Kururlaub. Die Stadt Wien ist im Interesse der Patienten ebenfalls bereit, ihren Anteil an einem 14tägigen Spitalsaufenthalt zu übernehmen. Diese Art der Finanzierung würde die Behandlungskosten zum größten Teil decken.

"Die Wiener Gebietskrankenkasse fordert seit Jahren eine leistungsbezogene Bezahlung der Spitäler. Es ist daher verwunderlich, daß sie sich nun, da eine derartige Maßnahme vorgeschlagen wird, derart vehement dagegen ausspricht", sagte Mayr.

Zwtl.: Zilk: Krankenkasse ist ein Dienstleistungsbetrieb

Zu den Einwänden von Generaldirektor Pascher gegenüber den Vertragsvorstellungen der Stadt Wien meinte Zilk, es sei nicht Aufgabe eines Dienstleistungsunternehmens, wie der Gebietskrankenkasse, den medizinischen Fortschritt zu bremsen. "Wenn eine öffentliche Institution mit neuen Methoden konfrontiert wird, so muß sie eben ihre Strukturen den neuen Gegebenheiten anpassen und nicht umgekehrt. Im Interesse der Gesundheitsvorsorge und der medizinischen Betreuung der Wiener Bevölkerung weise ich die Vorwürfe von Generaldirektor Pascher auf das entschiedenste zurück und erinnere ihn daran, daß die Gebietskrankenkasse eine Dienstleistungsfunktion zu erfüllen hat", sagte Zilk abschließend.
(Schluß) fk/gg

NNNN